



# **Niederschrift**

## **Wirtschaftsausschuss**

19. Wahlperiode - 44. Sitzung

am Freitag, dem 17. April 2020, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Vorsitzender
Andreas Hein (CDU)	
Klaus Jensen (CDU)	
Lukas Kilian (CDU)	
Peer Knöfler (CDU)	i. V. von Hartmut Hamerich
Thomas Hölck (SPD)	
Kerstin Metzner (SPD)	
Kai Vogel (SPD)	
Kay Richert (FDP)	
Volker Schnurrbusch (AfD)	
Jette Waldinger-Thiering (SSW)	i. V. von Flemming Meyer

### **Weitere Abgeordnete**

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Bericht der Landesregierung zu den geplanten Maßnahmen im Zusammenhang mit der Coronapandemie in Schleswig-Holstein</b>	<b>4</b>
<b>2.</b>	<b>Bericht der Landesregierung zum aktuellen Sachstand zu den Coronahilfen, insbesondere den Förderprogrammen, in Schleswig-Holstein</b>	<b>9</b>
<b>3.</b>	<b>Abspraken zur Fortsetzung der Arbeit des Ausschusses in der nächsten Zeit</b>	<b>11</b>
<b>4.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>15</b>

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Tietze, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

**1. Bericht der Landesregierung zu den geplanten Maßnahmen im Zusammenhang mit der Coronapandemie in Schleswig-Holstein**

hierzu: [Umdrucke 19/3852](#), [19/3854](#)

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Tietze, bedankt sich einleitend für den engagierten Einsatz des Wirtschaftsministeriums in der Zeit der Coronapandemie und bittet den Minister um Weitergabe des Danks des Ausschusses an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in seinem Haus. - Minister Dr. Buchholz erklärt, dass er diesen Dank sehr gern überbringe.

Er berichtet sodann auf der Grundlage der schriftlich vorgelegten Eckpunkte, [Umdruck 19/3854](#), über die Ergebnisse der Beratung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und -chefs der Länder am 15. April 2020 und deren Umsetzung in Schleswig-Holstein. Dabei geht er schwerpunktmäßig auf die wirtschaftspolitisch relevanten Bereiche ein.

In der anschließenden Aussprache beantwortet Minister Dr. Buchholz eine Frage von Abg. Schnurrbusch zu den Hygienekonzepten für Einkaufszentren dahingehend, es sei ihm bewusst, dass die Erstellung der Konzepte und auch die Überprüfung, die durch die Gesundheitsämter der Kreise und kreisfreien Städte stattfindet, jetzt sehr schnell passieren müsse, wenn man bereits Montag die Geschäfte öffnen wolle. Dies müsse gegebenenfalls dann über das Wochenende geprüft werden. Alle, die Kommunen und auch die Unternehmen, seien jetzt gefordert, kreative Lösungen zu finden, wie man auch im öffentlichen Raum vor den Geschäften die erforderliche Separierung ermöglichen könne. Er rege an, in den Städten darüber nachzudenken, eine Entzerrung der Kundenströme über die Erweiterung von Öffnungszeiten, beispielsweise auch mit der Möglichkeit, am Sonntag zu öffnen, zu schaffen. Dass man mit der jetzt erst teilweisen Öffnung wieder die Voraussetzungen für ein echtes Shopperlebnis schaffe, halte er allerdings für unrealistisch.

Minister Dr. Buchholz bestätigt, dass auch über eine Öffnung der Gastronomie, zumindest im Außenbereich - ebenfalls eine Frage von Abg. Schnurrbusch -, nachgedacht worden sei. Die Bundesregierung habe jedoch sehr deutlich gemacht, dass sie in diesem Bereich zurzeit keinerlei Lockerungen einführen wolle; dies hätten die Ministerpräsidenten dann überwiegend auch nachempfinden können. Im Übrigen höre er auch immer wieder aus der Gastronomie,

dass eine teilweise Öffnung für sie unter ökonomischen Gesichtspunkten schwierig und deshalb gar nicht erwünscht sei.

Die Frage von Abg. Schnurrbusch, warum man sich nicht für eine generelle Maskenpflicht, zumindest für den ÖPNV, ausgesprochen habe, beantwortet Minister Dr. Buchholz dahingehend, einen zuverlässigen Schutz könnten nach derzeitigem Kenntnisstand nur solche Masken bieten, die auch im medizinischen Bereich eingesetzt würden. Hier gebe es bekanntermaßen nach wie vor Beschaffungseingpässe. Deshalb sei es wichtig, dass diese Masken dem pflegerischen und gesundheitlichen Bereich vorbehalten blieben. Vor dem Hintergrund halte es die Landesregierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt für nicht geboten, eine Maskenpflicht für andere Bereiche auszusprechen. Dennoch werde dieses Thema in den kommenden Beratungen über zusätzliche Öffnungen weiter eine Rolle spielen, beispielsweise im Zusammenhang mit der vorgesehenen Öffnung von Friseurbetrieben.

Zur Frage von Abg. Vogel, wie in Bus und Bahn das Einhalten von Abstandsregelungen ermöglicht werden solle, wenn zukünftig wieder größere Kapazitäten aufgrund des Wiederauffahrens des Schulbetriebs und der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden müssten, erklärt Minister Dr. Buchholz, das sei ein schwieriges Thema, denn im Bereich der Bus- und Bahnangebote könne man die Kapazitäten nicht einfach durch den Einsatz zusätzlichen Materials und Personals hochfahren, da dazu weder das Wagenmaterial noch entsprechende Zeitslots zur Verfügung stünden. Aus seiner Sicht müsse man versuchen, durch die Flexibilisierung von Öffnungszeiten der Geschäfte und des Arbeitsbeginns in den Unternehmen eine gewisse Entzerrung im Pendlerverkehr hinzubekommen. Aber insbesondere für den Bereich der Schülerbeförderung stünde man vor großen Problemen, die man vielleicht durch eine Flexibilisierung des Unterrichtsbeginns für einzelne Klassen etwas in den Griff bekommen könne. Auf jeden Fall habe er der Bildungsministerin für ihre Überlegungen zum Wiederauffahren des Schulbetriebs mit auf den Weg gegeben, dass dieser nur gelingen könne, wenn er mit den Schülerbeförderungskonzepten abgestimmt sein werde.

Abg. Vogel merkt an, im Zusammenhang mit dem erfolgten touristischen Betretungsverbot für Schleswig-Holstein sei es bekanntermaßen an der Grenze zu Hamburg zu sehr unschönen Situationen gekommen. Er hoffe, dass sich so etwas nicht wiederholen werde.

Zu der vorgesehenen teilweisen Öffnung von Einkaufszentren und den dafür vorgeschriebenen Hygienekonzepten zweifelt er an, dass sichergestellt werden könne, dass den Einkaufszentren auch in ausreichendem Maße Desinfektionsmittel zur Verfügung stünden.

Minister Dr. Buchholz kündigt an, die Frage von Abg. Vogel, ab wann Fußpfleger wieder ihrer Tätigkeit nachgehen dürften, mitzunehmen und verweist hierzu auf die Zuständigkeit des Sozialministers.

Er erklärt zu einer weiteren Frage von Abg. Vogel, dass auch er das Konzept zur Durchführung von Prüfungen an den Berufsschulen für eine große Herausforderung halte, weil man dieses sehr eng mit anderen Bereichen koordinieren müsse. Hierzu erfolge derzeit im Rahmen der Kultusministerkonferenz eine enge Abstimmung.

Abg. Waldinger-Thiering fragt, ob bestätigt werden könne, dass die Bundesagentur für Arbeit berufsbildende Maßnahmen nicht mehr unterstützen wolle. - Minister Dr. Buchholz kündigt an, dem nachzugehen und die Frage schriftlich zu beantworten.

Er bedankt sich außerdem für die positive Rückmeldung und den Dank von Abg. Waldinger-Thiering, dass ihre Fragen, die sie an das Ministerium im Zusammenhang mit der Coronapandemie herangetragen habe, jeweils zeitnah und umfassend beantwortet worden seien.

Abg. Hölck äußert sich lobend darüber, dass die Landesregierung ihre Soforthilfeprogramme und die Kreditprogramme des Bundes sehr zeitnah auf den Weg gebracht habe.

Im Zusammenhang mit einer Nachfrage von Abg. Hölck zur Stufenplanung im Tourismus und die Einreihung der Campingplätze in diesen Plan führt Minister Dr. Buchholz aus, der Verband der Campingplatzbetreiber habe ihm ein sehr gutes Papier mit Vorschlägen zur schrittweisen Öffnung der Campinganlagen zugesandt, dass das Ministerium bei seinen Überlegungen mit einbeziehen werde. Es sei vorgesehen, zunächst die Dauercamper mit ihren festen Einrichtungen wieder zuzulassen, danach in einem ersten Schritt eine teilweise Belegung der Campingplätze gegebenenfalls mit weiteren begleitenden Maßnahmen, bevor dann die komplette Öffnung der Campingplätze erfolgen dürfe. Terminlich sei das etwa zeitgleich mit der Öffnung der übrigen Beherbergungsbetriebe vorgesehen, allerdings alles unter Auflagen, die zunächst wahrscheinlich keine volle Belegung zuließen.

Zur Situation der Schaustellerinnen und Schausteller - ebenfalls eine Frage von Abg. Hölck - führt Minister Dr. Buchholz aus, diese seien eingeladen, sich bei den Veranstaltungskonzepten mit einzubringen. Er habe bereits zweimal Telefonkonferenzen mit Vertretern dieses Gewerbes durchgeführt. Auch dort müsse es darum gehen, eine abgestufte Möglichkeit des Wiederanfahrens zu finden; hierzu könne die Veranstaltungsordnung einen guten Rahmen geben. Man werde weiter versuchen, die Schaustellerinnen und Schausteller dabei eng mit einzubinden.

Im Zusammenhang mit einer Frage von Abg. Kilian, wohin Angebote beispielsweise für medizinischen Mund-Nasen-Schutz weitergeleitet werden sollten, die jetzt verstärkt an die Abgeordneten herangetragen würden, verweist Minister Dr. Buchholz auf eine zentrale E-Mail-Adresse der Landesregierung, die er den Abgeordneten gern zuleiten lassen werde.

Er informiert weiter darüber, dass sich die Landesregierung dafür einsetze, dass im Land Schleswig-Holstein Unternehmen neu in die Produktion von Schutzmasken und -bekleidung einstiegen.

Abg. Kilian spricht sich dafür aus, gleichzeitig mit der Öffnung der Friseurläden auch die Öffnung von Tattoo-Studios, Nagelstudios und Geschäften von Fußpflegerinnen und Fußpflegern vorzusehen. Diese Branchen seien aus seiner Sicht vergleichbar.

Minister Dr. Buchholz bestätigt Abg. Kilian, dass auch er gelesen habe, dass trotz des massiven Rückgangs des Pkw-Verkehrs auf dem Theodor-Heuss-Ring in Kiel während des Lockdowns weiter Höchstwerte bei den Stickoxidwerten zu verzeichnen gewesen seien. Nähere Erkenntnisse dazu lägen ihm nicht vor.

Anknüpfend an eine Frage von Abg. Metzner zum Thema Kurzarbeitergeld informiert Minister Dr. Buchholz darüber, die Landesregierung habe sich dafür eingesetzt, dass der Zeitraum der Zahlung des Kurzarbeitergeldes verlängert werde, um insbesondere die Unternehmen zu stützen, die schon vor Beginn der Coronakrise Kurzarbeit angeordnet hätten. Damit habe man auf Bundesebene Erfolg gehabt. Darüber hinaus setze er sich auch dafür ein, die Höhe des Kurzarbeitergeldes aufzustocken. Allerdings sei das eine Sache, die von den Sozialpartnern vereinbart werden müsse. In dem gestern stattgefundenen Gespräch zwischen Gewerkschaftsvertretern und Vertretern der Unternehmensverbände sei deutlich geworden, dass die beiden

Sozialpartner hierzu keine einheitliche Auffassung verträten. Der Wunsch beider Sozialpartner, dass der Bund selbst die höheren Zahlungen übernehme, sei bei beiden vorhanden. Dazu solle es gestern auch ein Gespräch mit der Bundesregierung gegeben habe, dessen Ergebnis ihm aber nicht bekannt sei.

Im Zusammenhang mit Nachfragen von Abg. Dr. Tietze erklärt Minister Dr. Buchholz, ein Konzept zur Öffnung der Sportboothäfen gebe es noch nicht, daran werde noch gearbeitet.

Anknüpfend an eine weitere Frage von Abg. Dr. Tietze führt er aus, in dem von der Landesregierung eingerichteten Expertenrat seien neben den drei Vertretern der Landesregierung, Ministerpräsident, Finanzministerin und Gesundheitsminister, insbesondere Experten aus dem medizinischen Bereich vertreten, allerdings auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus anderen Bereichen, beispielsweise der Wirtschaft. Die Landesregierung lege ihre Vorstellungen zur Setzung weiterer Rahmenbedingungen zur Bewältigung der Coronakrise diesem Gremium vor und hole sich dazu dort einen wissenschaftlichen Rat. Das Gremium habe Vertraulichkeit vereinbart, und auch er selbst werde lediglich über Ergebnisse unterrichtet. Er nehme jedoch den Wunsch aus dem Ausschuss mit, darüber nachzudenken, ob der Expertenrat nicht auch dem Parlament sozusagen zur Verfügung gestellt werden könne beziehungsweise eine Beteiligung des Parlamentes möglich sei.



## **2. Bericht der Landesregierung zum aktuellen Sachstand zu den Coronahilfen, insbesondere den Förderprogrammen, in Schleswig-Holstein**

Minister Dr. Buchholz berichtet über den aktuellen Sachstand der Auszahlungen zu den Coronahilfen auf Landes- und Bundesebene.

Dazu führt er unter anderem aus, zu dem Soforthilfeprogramm I des Bundes hätten das Land 64.000 Eingänge erreicht, davon etwa 57.000 echte Anträge. Erkennbar unvollständig oder nicht förderfähig davon seien etwa 12.500 Anträge. Etwa 40.000 Anträge davon seien bereits bearbeitet, das heißt die Summen auch schon ausgezahlt; 18.000 Anträge seien also noch unbearbeitet. Er bedanke sich bei allen Kolleginnen und Kollegen insbesondere in seinem Ministerium, für die schnelle und gute Abarbeitung.

Vor dem Hintergrund, dass diese Soforthilfe auch schnell bearbeitet werden müsse, aber auch angesichts der großen Anzahl von Anträgen, könne nur eine kursorische Prüfung der Anträge stattfinden. In Ländern, die überhaupt gar keine Prüfung mehr vorgenommen, sondern einfach direkt ausgezahlt hätten, seien inzwischen die Zahlungen aufgrund von Missbrauchsfällen gestoppt worden, beispielsweise in Nordrhein-Westfalen und Hamburg. Festzustellen sei, dass die Verfahren weiter eine große Herausforderung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darstellten. Dennoch könne man hier von einer Erfolgsgeschichte sprechen. Durchschnittlich seien etwa 9.000 € pro Antrag ausgezahlt worden, mit dem die Unternehmen jetzt Liquiditätsengpässe ausgleichen könnten.

Ein zweiter wichtiger Fördertopf sei der Mittelstandssicherungsfonds, das Darlehensprogramm des Landes. Hier seien 727 Anträge gestellt, davon 517 bewilligt worden. Das Kreditvolumen für diese Anträge betrage etwa 77 Millionen €

Beim Soforthilfeprogramm II, das am Dienstag gestartet worden sei, lägen 896 Anträge vor, die bereits alle bearbeitet worden seien. Die Auszahlungssumme betrage insgesamt 14,7 Millionen €

Minister Dr. Buchholz stellt fest, insgesamt seien damit bereits 255 Millionen € in die Unternehmen und an die Soloselbstständigen geflossen, damit diese ihre Liquiditätsengpässe schließen könnten.

Anknüpfend an eine Frage von Abg. Hölck stellt er fest, auch in Schleswig-Holstein gebe es Missbrauchsfälle in unterschiedlichsten Konstellationen. Wenn beispielsweise falsche Angaben gemacht würden, handle es sich um Subventionsbetrug. Dem werde man nachgehen und die Fälle auch der Staatsanwaltschaft übergeben. Darüber hinaus gebe es auch die berühmten Fishing-Mails, mit denen über gefakte Mailadressen versucht werde, Daten von Unternehmen und Antragstellern abzufischen, um diese für eigene Anträge zu nutzen. Auch hier habe man die Polizei, die Cybercrime-Abteilung beim LKA, eingeschaltet, und die Investitionsbank sei dabei, entsprechende datentechnische Sicherheiten zu erarbeiten, um so etwas abzuwehren. Nachdem er - so Minister Dr. Buchholz weiter - öffentlich angekündigt habe, dass man Missbrauchsfällen nachgehen und diese auch zur Anzeige bringen werde, habe es eine Welle von Selbstanzeigen gegeben; mehrere Antragsteller hätten angekündigt, dass sie ihre Daten noch einmal korrigieren wollten.

Abschließend bietet Minister Dr. Buchholz an, Fragen, die die Abgeordneten zu den Maßnahmen im Rahmen der Coronapandemie erreichten, auch gern an das Ministerium weiterzuleiten. Man sei bemüht, alle Fragen zeitnah und umfassend zu beantworten.

### **3. Absprachen zur Fortsetzung der Arbeit des Ausschusses in der nächsten Zeit**

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Tietze, führt einleitend aus, in dieser besonderen Krisenzeit sei es aus seiner Sicht wichtig, dass die Ausschussarbeit, die Arbeit des Parlaments, auch intensiv fortgesetzt werden könne. Dazu müsse man über neue Rahmenbedingungen, beispielsweise Telefon- und Videokonferenzen, nachdenken. Der Wirtschaftsausschuss habe aus seiner Sicht eine Vorbildfunktion, was digitale Medien angehe, deshalb habe er sich sehr dafür ausgesprochen, auch Videokonferenzen in der Arbeit des Ausschusses einzusetzen. Ihm sei wichtig, dass der Ausschuss bezüglich seiner Arbeitsmethoden eine Wahlfreiheit habe.

In einem Schreiben an die Ausschussvorsitzenden habe Landtagsdirektor Dr. Schliesky gestern geschrieben, dass es gegen die Durchführung von Videokonferenzen noch Sicherheitsbedenken gebe. Er habe deshalb Frau Dr. Hansen, die Datenschutzbeauftragte des Landes, gebeten, zu der Möglichkeit von Videokonferenzen gegenüber dem Ausschuss Stellung zu nehmen. Sie habe schriftlich - da sie an der Teilnahme an der heutigen Sitzung leider gehindert sei - angeboten, den Abgeordneten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen ([Umdruck 19/3853](#)). Darüber hinaus habe er zu der heutigen Sitzung den Vorsitzenden des Vorstandes von Dataport, Herrn Dr. Bizer, eingeladen, um dem Ausschuss vorzustellen, was Dataport für Lösungen in diesem Bereich anzubieten habe. Ihm, so der Vorsitzende, gehe es darum, heute zunächst zusammenzutragen, was Wunsch des Ausschusses sei, um dann selbstbewusst gegenüber der Landtagsverwaltung zu vertreten, was von parlamentarischer Seite her gewünscht sei.

Herr Dr. Bizer, Vorsitzender des Vorstandes von Dataport, erklärt, ihm seien sowohl die Schreiben von Herrn Dr. Schliesky als auch von Frau Hansen bekannt. Aus seiner Sicht gingen die Positionen zu dem Thema auch gar nicht so weit auseinander. Die Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit seien insbesondere im parlamentarischen Bereich natürlich sehr wichtig. Ebenso wichtig sei, dass man auch die Infrastruktur für solche Verfahren wie Videokonferenzen selbst betreibe und beherrsche.

Er berichtet, dass Dataport gerade dabei sei, an einer Lösung zu arbeiten, die die digitale Souveränität der Staatsorgane sowie ihre jeweiligen Interessenlagen berücksichtige. So sei man seit Anfang 2019 dabei, sich umfassend und ausführlich mit Open-Source-Varianten in diesem Bereich auseinanderzusetzen. Hintergrund dazu sei, dass die großen Software-Anbieter ihre Geschäftsmodelle in den letzten Jahren so umgestellt hätten, dass man Software nicht

mehr kaufen und sie dann selbst betreiben könne, sondern diese nur nutzen dürfe, die Software selbst aber vom Rechenzentrum des Anbieters aus sozusagen weiter gesteuert werde. Darauf richteten sich dann auch die Kritik und die Befürchtungen, nämlich die fehlende Einflussmöglichkeit und Steuerbarkeit dieser Software. Vor dem Hintergrund gehe das Bestreben von Dataport dahin, mit Open-Source-Varianten zu arbeiten, um die Selbstständigkeit bei der Steuerung und Bearbeitung der Software zu erhalten. Mittlerweile gebe es in Deutschland eine große Zahl an mittelständischen Unternehmen, die sich in der Open-Source-Szene tummeln und entsprechenden Support anbieten. Dabei seien die Kompetenzen jedoch im Moment noch auf unterschiedliche Firmen verteilt. Dataport versuche, diese zu bündeln, und zwar unter anderem in dem Projekt Phönix, einem Videotool für Schulen. Im Rahmen dieses Projektes sei eine erste Infrastruktur aufgebaut worden, die als sogenanntes Rollout jetzt für Lehrkräfte zur Verfügung stehe. Darüber hinaus gebe es Planungen für ein weiteres System für Videokonferenzen, das man vor dem Hintergrund der Coronasituation jetzt priorisiert habe. Auch hierzu gebe es bereits einen ersten Piloten. Dieses System werde von Dataport gemanagt und gesteuert und laufe über das Internet. Natürlich müsse man, wenn man so ein Pilotsystem nutze, auch eine gewisse Leidensfähigkeit mitbringen, da die Rahmenbedingungen noch nicht ganz ausgereift seien.

Abg. Dr. Tietze stellt fest, wenn er die Ausführungen richtig verstanden habe, gebe es also mit dem am Schluss vorgestellten Piloten ein System, das man sehr zeitnah auch in der Ausschussarbeit nutzen könne, das die Ausschussmitglieder ausprobieren und testen könnten. Er könne sich gut vorstellen, dass der Wirtschaftsausschuss, der sozusagen auch der Pilot- und Investitionsausschuss sei, sich an der Testung des neuen Verfahrens beteilige. Seitens der Landtagsverwaltung wären dann natürlich auch noch die organisationsrechtlichen und gegebenenfalls datenschutzrechtlichen Fragestellungen zu klären. Ihm sei wichtig, dass man Telefonkonferenzen zukünftig durch die aus seiner Sicht viel komfortableren Videokonferenzen ersetzen könne, unter den gleichen Voraussetzungen - keine Beschlussfassungen und keine vertraulichen Inhalte. Dennoch müsse natürlich die Übertragung über das ParlaRadio oder eine andere Formt der Beteiligung der Öffentlichkeit an den Sitzungen funktionieren. - Herr Dr. Bizer erklärt, das müsse dann entsprechend geprüft werden. Dazu müsse man sich zunächst zusammensetzen, um eine Lösung zu finden.

Abg. Knöfler fragt, wann das Projekt, das für die Schulen angekündigt worden sei, eingesetzt werden könne. Er sehe keinen großen Unterschied beim Anwendungsgebiet Schule zum Parlament. - Herr Dr. Bizer antwortet, Hamburg habe den Einsatz des Projektes bereits beauftragt,

für Schleswig-Holstein befinde man sich noch in Gesprächen. Einen Zeitplan für die Einführung von Phönix gebe es noch nicht, aber der Druck sei klar definiert und groß.

Abg. Waldinger-Thiering spricht sich dafür aus, den Einsatz von Videokonferenzen in der Ausschussarbeit zu prüfen. Sie empfinde die Durchführung von Telefonkonferenzen als eher unangenehm und halte Videokonferenzen für tausendmal besser. Wichtig sei, dass man auch in Krisenzeiten, wie jetzt während der Pandemie, als Parlament handlungsfähig bleibe und alle Möglichkeiten nutze, die Landesregierung zu kontrollieren und informiert zu bleiben. Sie hoffe deshalb, dass man bald zu einer Lösung für Videokonferenzen in der Parlamentsarbeit komme.

Abg. Schnurrbusch erklärt, abgesehen davon, dass er zu Hause seit eineinhalb Jahren auf einen Breitbandanschluss warte, halte er es für wichtig, dass der Landtag auch als Landtag handlungsfähig bleibe. Er warne jedoch davor, dass das Parlament jetzt sozusagen als Metatester agiere, das Tool für Videokonferenzen sollte schon sicher funktionieren, bevor der Ausschuss das ausprobieren.

Herr Dr. Bizer bietet dem Ausschuss an, ein paar Testnutzer im Landtag zu definieren, die die Durchführung von Videokonferenzen unter den derzeit gegebenen Voraussetzungen ausprobieren. - Abg. Dr. Tietze begrüßt diesen Vorschlag und erklärt, anders als Abg. Schnurrbusch sei er durchaus dafür, dass der Wirtschaftsausschuss hier auch selbst als Testnutzer auftrete. Gerade in diesem Ausschuss, der für Mittelstandsförderung und Digitalisierung zuständig sei, könne so Innovation vorangetrieben werden. Er schlage deshalb vor, der Ausschuss verständige sich auf die Durchführung eines Tests und fasse heute den Beschluss, dass der Ausschuss beabsichtige, als Ersatz für die Telefonkonferenzen Videokonferenzen durchzuführen und deshalb die Landtagsverwaltung bitte, dieses Pilotprojekt gemeinsam mit Dataport möglichst zeitnah anzugehen.

Abg. Kilian spricht sich dafür aus, zunächst heute nur den Beschluss zu fassen, dass man die Möglichkeiten der Durchführung von Videokonferenzen zwischen Dataport und Landtagsverwaltung eruiere, um dann zeitnah ein Konzept dazu zu entwickeln. Der Beschlussvorschlag von Abg. Dr. Tietze sei ihm ein wenig zu schnell. - Abg. Dr. Tietze erklärt, ihm sei es gerade wichtig, hier schnell voranzugehen und für die Mai-Sitzung, spätestens jedoch für die Juni-Sitzung des Ausschusses vielleicht schon die Option zu haben, auch als Videokonferenz zu tagen. Auf jeden Fall sollte die nächste Zeit genutzt werden, um Tests durchzuführen.

Abg. Hölck erklärt, vor dem Hintergrund, dass man nicht wisse, wie sich die Pandemie weiter entwickeln werde, spreche auch er sich dafür aus, die Möglichkeit der Durchführung von Videokonferenzsitzungen zumindest zu prüfen.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Tietze, dankt Herrn Dr. Bizer für seine Ausführungen vor dem Ausschuss und die angekündigte Unterstützung.

Der Ausschuss fasst gegen die Stimme von Abg. Hein bei Enthaltung von Abg. Jensen mit den Stimmen der übrigen Mitglieder des Ausschusses den folgenden Beschluss:

Der Wirtschaftsausschuss beabsichtigt in Absprache mit dem Ältestenrat, als Ersatz für die derzeit durchgeführten Telefonkonferenzsitzungen - bei Sitzungen, wo es um die reine Übermittlung und den Austausch von Informationen geht; ohne Beschlussfassungen und nicht öffentliche Beratungsteile - Videokonferenzsitzungen im Rahmen eines Pilotverfahrens durchzuführen. Er bittet die Landtagsverwaltung, dieses Pilotprojekt gemeinsam mit Dataport auf der technischen Ebene möglichst zeitnah anzugehen.

#### **4. Verschiedenes**

Zu dem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Tietze, schließt die Sitzung um 12:25 Uhr.

gez. Dr. Andreas Tietze  
Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder  
Geschäfts- und Protokollführerin